

Pressemitteilung der

„TaskForce für effektive Prävention von Genitalverstümmelung“

anlässlich der öffentlichen Anhörung „Bekämpfung von Genitalverstümmelung“ im Bundestags-Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 19.09.2007

Mädchen in Deutschland viel zahlreicher von Genitalverstümmelung bedroht, als bisher angenommen

In ihrer Stellungnahme an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend korrigiert die „TaskForce für effektive Prävention von Genitalverstümmelung“ die Zahl der Mädchen, die in Deutschland von Genitalverstümmelung bedroht sind, drastisch nach oben: ca. 30.000 minderjährige Mädchen gelten demnach als akut gefährdet, ein Vielfaches der bisherigen Schätzungen.

Dieses Ergebnis der Anfang 2007 gegründeten Initiative basiert auf der Auswertung aktueller Informationen des Statistischen Bundesamtes: auf den dort veröffentlichten zuverlässigen Höchstzahlen betroffener/bedrohter Frauen und Mädchen aus den FGM¹ - praktizierenden Ländern, sowie der Auswertung der Geburts-Statistik der letzten sechs Jahre.

Erstmals werden offiziell auch Mädchen aus Kurdistan/Irak² und Jemen³ zu der gefährdeten Gruppe gezählt.

Während es bislang keine Hinweise gibt, dass die Familien mit ihrem Leben in Deutschland die Verstümmelungspraxis aufgeben, geht die „TaskForce“ davon aus, dass zwischen

35 und 80% der gefährdeten Mädchen tatsächlich Opfer der Genitalverstümmelung werden: Entweder werden sie zu diesem Zweck ins europäische oder afrikanische Ausland gebracht (z.B. während der Ferien, wobei sie anschließend z.T. vor Ort zwangsverheiratet werden) oder auch hier in Deutschland verstümmelt.

Vor diesem Hintergrund sieht die Initiative enormen Handlungsbedarf seitens der Bundesregierung, die seit 10 Jahren die genitale Verstümmelung als schwere Menschenrechtsverletzung und Gewalt verurteilt, bislang jedoch versäumt hat, die gefährdeten Mädchen „vor der eigenen Tür“ zu schützen.

Die „TaskForce für effektive Prävention von Genitalverstümmelung“ und ihre KooperationspartnerInnen bekräftigen erneut die Notwendigkeit, das im Februar '07 vorgestellte Präventionsprogramm einzuführen, um alle Mädchen zu schützen und ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit sicherzustellen.

Die geforderten (für alle Beteiligten transparenten Maßnahmen) basieren auf einem Ansatz, der die Opfer fokussiert und darauf zielt, die Verstümmelung sowohl während der Ferien im Heimatland, als auch in Deutschland umfassend und effizient zu verhindern. Der auf diese Weise gewährte, sofort wirksame Schutz ist mess- und nachweisbar.

Mehr Informationen und die Forderungen finden Sie hier: www.taskforcefgm.de

Die „TaskForce für effektive Prävention von Genitalverstümmelung“ kooperiert in Deutschland mit

Akifra. e.V., Lobby für Menschenrechte e.V., TABU e.V. und WADI e.V. und arbeitet international u.a zusammen mit der

Waris-Dirie-Foundation und dem Inter-African-Committée



Kontakt: Monika Gerstendörfer, gerstendoerfer@lobby-fuer-menschenrechte.de

1 FGM=Female Genital Mutilation (weibliche Genitalverstümmelung)

2 Gebietsweise wird in Kurdistan/Irak bis zu 90% der weiblichen Bevölkerung durch Klitoridektomie verstümmelt. Im September 2007 berät deshalb das kurdische Parlament einen Gesetzes-Entwurf zum expliziten Verbot dieser Praktiken; weitere Informationen: www.wadinet.de

Dass FGM die kurdisch-irakischen Mädchen auch in Europa betrifft, berichtete kürzlich die norwegische Presse. Quelle: Aftenposten 2007: <http://www.aftenposten.no/english/local/article1860309.ece>

3 Erhebungen im Jemen (2005) zeigen, dass dort zwischen 45% (Stadtgebiet Sanaa) und 82% (Aden), bzw. 97% (Hodeidah) der Frauen und Mädchen genitalverstümmelt werden. Quelle: Agenda Journal http://www.agenda.org.za/index.php?option=com_content&task=view&id=979&Itemid=147